
BESCHLUSS DER BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN » ZUKUNFTSWERKSTATT GRÜN



Weimar im Januar 2015

Nach mehr als neun Jahren Angela Merkel und einem Jahr großer Koalition diskutiert unsere Gesellschaft nicht mehr kontrovers über die Zukunft des Landes. Wie wollen wir in den nächsten Jahrzehnten leben und arbeiten? Wie können wir im Einklang mit der Natur wirtschaften, unseren Wohlstand erhalten, für mehr Gerechtigkeit sorgen und eine friedlichere Welt schaffen? Wie können wir die demographische Entwicklung gestalten und als Chance nutzen? Darauf gibt die große Koalition keine Antwort. Nach einem Jahr hat sie ihre kleinmütige Agenda abgearbeitet und wirkt bereits jetzt ziel- und ideenlos.

Die große Koalition begegnet großen Risiken wie der Klimakrise, einem weiter grassierenden Rechtspopulismus und der um sich greifenden Demokratiefindlichkeit, der Gefährdung unserer Grundrechte durch Ausspähung und Überwachung, der weiter schwelenden Krise Europas und den großen Migrations- und Fluchtbewegungen mit Flickschusterei. Anstatt beherzt offene Debatten zu wagen, um Konzepte und Ideen zu ringen und dann echte Entscheidungen zu treffen, legt die Kanzlerin Mehltau über die Gesellschaft und macht mit ihrer maximalgroßen Koalition Miniaturpolitik. Zu den großen Fragen unserer Gesellschaft bietet sie nur den kleinen Geist von Quötchen, Reförmchen und Trostpflasterchen. Zentrale Probleme wie die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft, der bereits sichtbare Mangel an Fachkräften oder Kinderarmut und fehlende Aufstiegschancen werden gar nicht erst angefasst. Stattdessen werden Geschenke verteilt: ein Rentenpaket für die Stammwähler, Strompreis-Geschenke für die Industrie, "Ausländermaut" für deren Fans im Bierzelt.

Auch den begrüßenswert klaren Worten der Kanzlerin gegen Rassismus und Ausgrenzung am Beginn des Jahres folgen dann wie üblich keine konkreten Taten. Das notwendige Programm für ein modernes Einwanderungsland oder ein Gesamtkonzept für ein sicheres Europa für Flüchtlinge bleiben aus und Teile von Merkels Koalition schüren weiter Ressentiments gegen Flüchtlinge.

Zur unverantwortlichen Debatte über einen Ausstieg Griechenlands aus dem Euro hat die Kanzlerin nichts zu sagen. Sie schweigt, anstatt jeglichen Spekulationen ein klares proeuropäisches Bekenntnis entgegenzusetzen. Eine europafähige Regierung sieht anders aus. Für uns Grüne ist hingegen klar: Griechenland muss in der Euro-Zone bleiben und über den weiteren Weg zur Haushaltskonsolidierung muss mit jeder demokratisch gewählten Regierung verhandelt werden. Wir setzen uns für sozial gerechte Änderungen bei dem Anpassungsprogramm und einen konditionierten Schuldenschnitt im Gegenzug für soziale und wirtschaftliche Reformen in Griechenland ein.

Angela Merkel hat eine große Mehrheit im Parlament und großen Einfluss in Europa. Doch ihre Politik ist die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Sie geht an den großen Zukunftsfragen unserer Zeit vorbei. Ohne eine Idee wie wir leben wollen, wohin es mit Deutschland gehen soll, fehlt jeder Einzelentscheidung Richtung, Seele und Sinn.

Grüne Politik stellt sich einem anderen Anspruch: Wir Grüne haben eine ökologische und soziale Zukunftsvision. Wir stehen für eine ganzheitliche Politik, die unser Klima und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen Politik mit langfristiger Orientierung, mit Vorausschau und Prävention, wir denken an morgen und wollen Globalisierung und nachhaltige Entwicklung demokratisch gestalten. Die grüne Bundestagsfraktion macht Politik im Lichte unserer Vision eines lebenswerten Landes in der Mitte Europas. Wir wollen in einem Land leben, in dem

- » Flüchtlinge sicher und mit einer Perspektive leben und die Kinder der Flüchtlinge, die heute zu uns kommen, deutsche Buchpreise gewinnen können, an unseren Schulen unterrichten, in Krankenhäusern und bei der Polizei arbeiten und in deutschen Nationalmannschaften spielen;
- » Vielfalt für alle als Reichtum erfahrbar wird, Teilhabe und Anerkennung unabhängig von der sozialen Lage, der Herkunft, der Religion, des Geschlechts, des Grads an Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität garantiert ist und wir so eine Einheit in der Vielfalt schaffen;
- » Wind-, Sonnen- und Muskelenergie uns antreiben und nicht mehr Kohlestrom, Atom und Benzin;
- » tierquälerische Großställe verschwunden sind, Futtermittel aus heimischer Produktion stammen und nicht von gerodeten Regenwaldböden und unsere Bauern Kulturlandschaften bewirtschaften, in denen Böden und Wasser nicht dünger- und pestizidverseucht sind;
- » Wertschöpfung auf einer Wirtschaftsweise beruht, die nicht auf quantitatives Wachstum fixiert ist, sondern die unsere Lebensqualität steigert und nicht mehr Ressourcen nutzt, als unsere Erde bereitstellen kann;
- » aus Müll wieder Rohstoff für weitere Nutzung wird;
- » die Menschen sich Familienarbeit, Bildungszeit, Arbeits- und freie Zeit selbstbestimmt und gleichberechtigt aufteilen;
- » Spähangriffe – gleich ob von staatlichen Behörden oder Unternehmen – passé sind, Grundrechte nicht verletzt werden, das Netz wieder Vertrauen genießt;
- » der digitale Wandel der Wirtschaft als Chance begriffen wird, ressourceneffizienter zu produzieren, neue Gesellschaftsmodelle für neue Arbeitsplätze zu erschließen und die Sharing Economy voranzutreiben;
- » alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen haben und in einem inklusiven Bildungssystem ihre Potentiale voll ausschöpfen können;
- » ein inklusiver Arbeitsmarkt allen Menschen Zugang zu guter Erwerbsarbeit bietet und niemand mehr abhängt wird;
- » alle hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu einer guten und ausreichenden Gesundheitsversorgung haben, die solidarisch und gerecht finanziert wird;
- » Armut und soziale Ausgrenzung keinen Platz mehr haben und Vermögende sich nicht mehr vom öffentlich finanzierten Acker machen;
- » der Finanzsektor durch strikte Regulierung wieder der Realwirtschaft dient;
- » Europa durch kluge Investitionen und gemeinsame Wirtschaftspolitik seine Krise überwunden hat und weiter zusammenwachsen kann;
- » im Rahmen einer menschenrechtsorientierten Außenpolitik gemeinsam mit den EU-Partnern und den Vereinten Nationen ein aktiver Beitrag zur Bewältigung der globalen Krisen und zur Vermeidung von humanitären Katastrophen geleistet wird;
- » keine Waffen, gleich ob Spähpanzer oder digitale Überwachungstechnik, mehr aus Deutschland in Krisenregionen und an Diktaturen exportiert werden;
- » internationaler Handel fair betrieben wird, der allen Seiten nutzt und gute soziale und ökologische Standards beachtet.

Eine solche Zukunft ist möglich!

GEGEN FANATISMUS UND INTOLERANZ

Unsere Vision ist der Gegenentwurf zu denen, die auf Gewalt und Fanatismus, auf Ausgrenzung und Abschottung, Ressentiments und Wirtschaftsnationalismus setzen.

Der Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris ist ein terroristischer Akt. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen der Opfer, den Verletzten und der Redaktion von "Charlie Hebdo". Der Anschlag auf das Satiremagazin ist ein gezielter Anschlag auf unsere freien Gesellschaften. Die Hintergründe der Tat müssen möglichst rasch und umfassend aufgeklärt werden. Die Stärke unserer Demokratie beweist sich in der entschlossenen, rechtsstaatlichen und besonnenen Reaktion. Als Demokratinnen und Demokraten sagen wir klar: Wir werden es nicht zulassen, dass diejenigen, die das friedliche Zusammenleben und unsere Freiheit angreifen, Erfolg haben werden.

Es ist unsäglich, wenn jetzt – auch in Deutschland – Stimmen laut werden, die diesen schrecklichen Anschlag für eine Politik des Ressentiments gegen Muslima und Muslime instrumentalisieren wollen.

Hier setzt sich fort, was wir in den vergangenen Monaten bereits erleben mussten. Neue Feinde einer offenen Gesellschaft sammeln sich. Wir sehen sie auf den Straßen, bei ihren gespenstischen Aufmärschen. Wir erleben sie bei der Agitation gegen eine Schule der Vielfalt und in den Bestsellerlisten, in die es leider immer öfter Rassisten, Islamophobe, Anti-Feministen, Homophobe und Anti-Ziganisten mit ihren Pamphleten schaffen. Und wir sehen sie auch in einigen Landesparlamenten, wo die AfD versucht, radikalen Nationalismus und ein reaktionäres Familienbild wieder hoffähig zu machen. Gegen ihre Ressentiments setzen wir unsere optimistische, ökologische und inklusive Zukunftsvision. Wir stehen zu einem offenen, einem solidarischen Deutschland, das zusammengehalten wird durch den Wert einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese gilt es zu verteidigen. Wer nun reflexhaft nach Strafrechtsverschärfungen ruft und bürgerrechtliche Argumente in der Innenpolitik diffamiert, verrät europäische Errungenschaften.

UNSERE SCHWERPUNKTE, UNSERE PROJEKTE

Wir erarbeiten ganz konkrete Vorschläge, die uns einer solchen Zukunft näher bringen können. Die grüne Bundestagsfraktion versteht sich als Werkstatt für eine lebenswerte Welt von morgen. Unsere Politik verankert die grüne Vision im Hier und Jetzt. Wir ermuntern zum Aufbruch in ein grünes 2030, wir bieten Handwerk mit Vision. Wir zeigen, wie es gehen könnte, wie der soziale und ökologische Umbau konkret funktioniert. Wie wir erhalten können, was uns erhält. Wie wir besser wirtschaften können, besser arbeiten und besser leben. Wie wir Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit schaffen und alle Talente fördern.

Die grüne Bundestagsfraktion arbeitet in zentralen Zukunftsfeldern, um heute die Weichen für ein grüneres und gerechteres Deutschland zu stellen. Das Jahr 2014 stand im Zeichen der **Energiewende** und der **Digitalen Bürgerrechte**. Dem Versuch, durch intransparente Freihandelsabkommen rechtsstaatliche, soziale und ökologische Standards aufzuweichen, haben wir unseren Widerstand entgegen gestellt. Während Sigmar Gabriel mittlerweile selbst die Sondergerichte für Großkonzerne durchwinken will, bleiben wir die Kraft für einen **Fairen Welthandel**.

Im Jahr 2015 rücken wir als Fraktion weitere Zukunftsfelder in den Fokus unserer Arbeit:

EIN MODERNES EINWANDERUNGSLAND

In der Flüchtlingspolitik erwarten wir von der Bundesregierung mehr als warme Worte oder eine einmalige Finanzspritze für die Länder. Im Jahr 2015 müssen die Weichen gestellt werden für ein modernes Einwanderungsland.

Dafür braucht es endlich ein umfassendes Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Während die Bundesregierung zögert und zaudert, fordern Unternehmerinnen und Unternehmer schon lange die Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu erwerben, zu verbessern und den Weg zu Ausbildung und Arbeit endlich frei zu machen. Für uns ist klar: Flüchtlinge, die heute zu uns kommen, werden längere Zeit, vielleicht sogar für immer bei uns bleiben. Die arbeitsmarktpolitischen Lockerungen sind dann halbherzig, wenn damit nicht das flächendeckende Angebot von Sprachkursen einhergeht und die Anerkennung von im Ausland erworbener Berufsabschlüsse vereinfacht wird. Städtetagspräsident Ulrich Maly hat Recht: Die Kommunen sind der Motor für eine erfolgreiche Integration von Schutzsuchenden. Aber die Kommunen können diese Aufgabe nicht allein stemmen – sie brauchen eine dauerhafte finanzielle Unterstützung des Bundes. Um die Kommunen, aber auch die Rechte von Flüchtlingen zu stärken, müssen wir flexible Lösungen erarbeiten, die regionale Besonderheiten, wie zum Beispiel Wohnungsnot, in den Blick nimmt. Landauf und landab engagieren sich Bürgerinnen und Bürger und ergreifen Initiativen zur Unterstützung von Asylsuchenden. Ihnen gilt unser Dank.

Statt der Gesellschaft Grenzen dieser Hilfsbereitschaft anzudichten, muss das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und die professionelle Betreuung von Flüchtlingen ausgebaut werden.

Besonders unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Traumatisierte und Frauen, die sexuelle Ausbeutung und Gewalt erfahren haben, brauchen unsere uneingeschränkte Hilfe. Denjenigen, denen kein politisches Asylrecht zusteht, müssen andere legale Wege eröffnet werden.

Da Flüchtlingspolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, müssen alle mitgenommen werden. Um finanzielle und materielle Bedarfe in den verschiedenen Regionen auszumachen, ist ein Flüchtlingsgipfel, an dem Bund, Länder und Kommunen ebenso beteiligt werden, wie Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, ein wichtiger Schritt um vergangene Fehler in der Flüchtlingspolitik künftig zu vermeiden.

Deutschland wird in den nächsten Jahren einen kontinuierlichen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften haben. Dem tragen die Regeln des Zuwanderungsgesetzes von 2005 trotz einiger Reformen nicht hinreichend Rechnung. Die Union hatte damals flexiblere Regelungen wie ein Punktesystem über den Bundesrat verhindert. Das rächt sich nun und es ist gut, wenn die CDU jetzt beginnt, dies einzusehen.

Neue Einwanderungsregeln müssen auch die zirkuläre Migration im Blick haben: Ein Teil der Arbeitskräfte, insbesondere gut ausgebildete Arbeitskräfte, wandert weiter oder kehrt zurück in das Herkunftsland und will die Möglichkeit haben zu einem späteren Zeitpunkt wieder nach Deutschland zu kommen.

Die bestehenden Regeln des Aufenthaltsrechts müssen ausgebaut, vereinfacht und ergänzt werden.

Wir wehren uns gegen Vorstöße der CSU für eine Verschärfung der Abschiebep Praxis und des Kirchenasyls, ebenso wie gegen reine Nützlichkeitsabwägungen, wenn es um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen geht. Diese einseitige Politik leistet denen Vorschub, die mit offener oder verdeckter Diffamierung von Flüchtlingen und Muslimen oder antisemitischen Ausfällen – egal ob von rechts oder links oder aus der Mitte der Gesellschaft – von sich reden machen.

DIE AGRARWENDE UND GESUNDE ERNÄHRUNG

Die Art und Weise wie wir heute weltweit Landwirtschaft betreiben, ist ökologisch und ethisch schädlich. Mit unserer heutigen Form, Böden zu bewirtschaften und Nahrungsmittel zu produzieren, verursachen wir weltweit ein gutes Drittel der Treibhausgase. Die industrielle Landwirtschaft zerstört nicht nur die Artenvielfalt und verschwendet und verschmutzt Wasser, quält Tiere in Massentierställen, sondern sie bringt zudem für Menschen gefährliche antibiotikaresistente Keime hervor. Die Futterproduktion für die Massentierhaltung entzieht den Menschen in anderen Ländern die Fläche für ihre Lebensmittel und gefährdet die Welternährung.

Doch eine andere Landwirtschaft ist möglich. Eine Landwirtschaft, die achtsam unsere Lebensgrundlagen erhält, die anständig mit den Tieren umgeht und die gute Nahrungsmittel für Alle produziert. Und in der gute Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen herrschen sowie entsandte ausländische Beschäftigte respektvoll und wertschätzend behandelt werden.

Wir haben ein Sofortprogramm vorgelegt, mit dem wir die Agrarwende wieder in Gang bringen wollen. Und wir arbeiten intensiv an einer Agrarpolitik, die langfristig umschwenkt. Dazu wollen wir unter anderem erarbeiten:

- » ein Ausstiegsszenario aus der Massentierhaltung, das zeigt, wie wir ohne millionenfaches Tierleid gesunde Lebensmittel erzeugen können;
- » einen Ordnungsrahmen für eine Landwirtschaft, der die Natur, unsere Böden, unser Wasser und unsere Gesundheit schützt und der Gentechnikfreiheit weiterhin gewährleistet.
- » ein Aktionsprogramm gegen den ausufernden Antibiotikaeinsatz;
- » einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Ökolandbaus;

ZUKUNFTSINVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Deutschland investiert zu wenig, das gilt für den Staat und private Unternehmen. Eine marode Infrastruktur, ein unterfinanziertes Bildungssystem, zu wenig Anstrengungen bei der Finanzierung von Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien und Kommunen am Rande des finanziellen Kollaps – all das sind schwere Hypotheken für kommende Generationen. Deutschland könnte schon heute viel mehr investieren, ohne die Schuldenbremse zu lockern. Doch die große Koalition verweigert hier seit langem die Arbeit: sie ist einer dogmatischen und symbolfixierten Haushaltspolitik verhaftet, statt durch Entrümpeln, Umschichten, Subventionsabbau und höhere Einnahmen Spielräume für kluge Investitionen in die Zukunft zu schaffen. Das ist gerade auch im europäischen Kontext kurzsichtig und unsolidarisch. Hier müsste die Bundesregierung durch kluge Politik im nationalen Rahmen nachhelfen und das mit dem geplanten Investitionsprogramm der EU eng verzahnen. Um in Zukunft in unserem Land gut da zustehen, schlagen wir vor:

- » Mit einem grünen Investitionsplan Finanzierungsspielräume aufzeigen und Investitionsschwerpunkte setzen, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft machen.
- » Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Forschung, schnelles Internet und den Erhalt unserer Infrastruktur vorantreiben, sie sind notwendig und sie zahlen sich aus. Hier sind auch verstärkte Investitionen der Unternehmen gefragt.
- » Zwölf Milliarden Euro für europäische Zukunftsprojekte im Sinne des Grünen New Deal bereit zu stellen, um durch die gemeinschaftliche Förderung europäischer Projekte die momentane Investitionsklemme aufzubrechen und gleichzeitig das Projekt Europa zu stärken

- » Einen Zukunftskongress veranstalten, auf dem wir mit Bürgerinnen und Bürgern, ExpertInnen und PolitikerInnen darüber diskutieren, wie wir in Zukunft leben, arbeiten und wirtschaften wollen.

DURCHBRUCH FÜR KLIMASCHUTZ UND GLOBALE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN

2015 ist ein kritisches Jahr für den Klimaschutz und die globale Gerechtigkeit: Auf internationalen Gipfeln und Konferenzen zwischen Elmau, Addis Abeba, New York und Paris werden in diesem Jahr Weichen für die Zukunft des Planeten gestellt. Ein Scheitern der Verhandlungen können wir uns nicht leisten. Deshalb erwarten wir, dass Deutschland sein internationales Gewicht im Sinne der Nachhaltigkeit nutzt.

Ein Großteil der weltweiten Vorräte an Kohle, Öl und Gas muss im Boden bleiben. Denn wenn wir diese fossilen Vorräte alle verfeuern, wird sich das globale Klima um weit mehr als zwei Grad erwärmen, was nach Ansicht aller Klimaforscher die Klimakrise endgültig zur globalen Klimakatastrophe machen würde. Nichthandeln wird teurer als Handeln – das hat der jüngste Bericht der Weltklimarates einmal mehr gezeigt. Atomkraft kann dafür keine Alternative sein.

Zugleich ist die Klimakrise schon heute Ursache von vielen Krisen und Kriegen, Ressourcen- und Verteilungskonflikten. Fast eine Milliarde Menschen hungern, Millionen sind auf der Flucht, viele davon vor den direkten und indirekten Auswirkungen der Klimakrise. Am Ende dieses Jahres sollte die Weltgemeinschaft sich eine Nachhaltigkeitsagenda gegeben haben, die Klimaschutz weltweit vorantreibt und Armut und Ungleichheit weltweit abbaut.

Deutschland hat eine besondere globale Verantwortung. Deshalb müssen wir die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit aufbringen. Doch das ist nicht genug angesichts der akuten Krisen und Konflikte auf der Welt. Moderne Risiken können nicht von einem Land allein bewältigt werden. Stattdessen setzen sich Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag für die Stärkung der internationalen Institutionen und Verfahren ein. Dies gilt insbesondere für die Vereinten Nationen. Deutschland und die Deutschen sollen tatsächlich mehr Verantwortung übernehmen: Für die weltweite Friedenserhaltung, den Schutz der Menschenrechte, für nachhaltige Entwicklung, für Konfliktprävention, für Katastrophenvorsorge, für humanitäre Hilfe, für Schutz von ZivilistInnen vor Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Die Bundesregierung muss die G7-Präsidentschaft dazu nutzen, Partner für verbindliche und ehrgeizige Ziele zu gewinnen. Hier werden wir Druck machen und antreiben. Die Klimakonferenz von Paris und die Bestimmung der globalen Nachhaltigkeitsagenda in New York werden das globale Handeln für eine bessere Zukunft auf Jahre hinaus bestimmen. Wir zeigen wie Deutschland wieder Vorreiter werden kann:

- » mit einem ambitionierten Fahrplan für den Kohleausstieg, mit dem Abbau von Subventionen für fossile Energieträger, dem Vollzug des Atomausstiegs, dem grünen Klimaschutzgesetz und dem Aktionsprogramm Klimaschutz, mit der Weiterentwicklung des EEG;
- » mit dem grünen Aufholplan zur Finanzierung von globaler Entwicklung und Klimaschutz und für nachhaltige Investitionen in unseren Partnerländern
- » mit Fahrplänen zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsagenda in den Ländern und Kommunen

DIE GRÜNE TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT

Die Art und Weise, wie wir produzieren, ist nicht nachhaltig. Sie ist sozial ungerecht und mit den Grenzen des Planeten nicht vereinbar. Wir müssen gerade die industriellen Kernbereiche in Deutschland ökologisch umbauen. Die Digitalisierung unserer Wirtschaft (Industrie 4.0) wollen wir für eine energieeffiziente und ressourcenschonende Produktion gestalten und die Risiken und Herausforderungen sozial absichern und arbeitsrechtlich flankieren. Digitalisierung, ökologische Transformation und soziale Gerechtigkeit können und müssen Hand in Hand gehen.

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Schaffung neuer guter Jobs hängt davon ab, wie wir unsere Stärken in den Schlüsselindustrien Fahrzeugbau, Chemie, Maschinenbau und Energie mit der Innovationskraft der neuen Technologien und der Kreativwirtschaft verbinden können und ob wir damit eine Wende zu einer ressourcenschonenden, solidarischen und dezentral organisierten Wirtschaftsstruktur schaffen werden. Ohne einen grundlegenden Umbau werden wir zentrale ökologische aber auch soziale Fragen nicht beantworten können. Weltweit wächst die Einsicht in die Notwendigkeit des Umbaus. Wenn wir jetzt die grüne Transformation zu einer emissionsarmen und ressourcensparenden Wirtschaftsweise organisieren, investieren wir damit insgesamt in die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. Dafür sind wir auf das Know-How in den Unternehmen angewiesen, sowohl der UnternehmerInnen als auch der Beschäftigten. Ziel unserer Politik ist es, im Dialog mit den Unternehmen nach guten Lösungen zu suchen, und Regeln für den Wettbewerb um die beste ökologische und soziale Lösung vorzugeben. Das wird aufgrund verschiedener Interessen und Interessengegensätze nicht einfach sein. Wir setzen deshalb auf Dialog und Austausch mit Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten in einer Reihe von Branchengesprächen. Wir wollen Instrumentarien entwickeln, die Innovationen und neue Technologien der Privatwirtschaft anreizen und fördern, die zur Lösung der sozialen und ökologischen Fragen beitragen. Gleichzeitig werden wir einen ordnungspolitischen Rahmen dort setzen, wo einzelne Unternehmen und Branchen aus kurzfristigen, nicht nachhaltigen Interessen diesen Umbau gefährden.

- » Wir legen einen Rahmen für eine nachhaltige Chemieindustrie vor.
- » Wir werfen den Turbo für die E-Mobilität an und helfen dabei, das Land der Autobauer zum Land der klügsten Mobilitätsdienstleister zu machen.
- » Wir zeigen auf, wie die digitale Gesellschaft durch IT nachhaltiger wird
- » Wir setzen auf Cradle-to-cradle-Konzepte, die Kaskadennutzung der eingesetzten Rohstoffe sowie eine echten Kreislaufwirtschaft, damit aus annähernd jedem Abfall neuer Rohstoff wird.
- » Wir fördern die Sharing Economy und andere junge, nachhaltige Ideen. Start Ups wollen wir befähigen neue Geschäftsmodelle in den Markt zu bringen, die sich an Wohlstand jenseits reiner Renditemaximierung orientieren.

Der ökologische Umbau unserer Wirtschaft verlangt es auch, über unsere Ziele und über Kriterien für den Erfolg unserer Wirtschaft jenseits des Bruttoinlandsproduktes nachzudenken. Wir führen die Diskussionen der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" fort und legen unseren Vorschlag für einen Jahreswohlstandsbericht vor. Wir definieren neue Kriterien für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg. Unser Ziel ist Wirtschaften für mehr Lebensqualität.

ZEIT FÜR MEHR: ANDERS ARBEITEN, BESSER LEBEN

Dass Zeit ein knappes Gut und mittlerweile eine harte Währung geworden ist, ist für viele Menschen in ihrem Alltag spürbar. Gerade die Menschen, die sich um andere kümmern wollen, spüren die Anforderungen und Beanspruchung des Lebens besonders stark. Viele Menschen hetzen zwischen Arbeit, Fa-

milie, Bildungs- und Weiterbildungsforderungen, bürgerschaftlichem Engagement und der Sorge um und Pflege von Angehörigen hin und her. Es geht auch um Arbeit selbst. Die Arbeitsintensität steigt, Schicht- und Nachtarbeit, flexible und nicht planbare Arbeitszeiten nehmen zu. Stress am Arbeitsplatz und psychische Erkrankungen nehmen zu. Wir führen die Debatte über das, was Menschen brauchen, um gut leben und arbeiten oder sich weiterbilden zu können. Es geht dabei um mehr Zeit für Familie, für Pflege, für gesellschaftliches Engagement und Zeit für sich. Dies gilt vor allem in der Phase des Lebens, in der zur Erwerbstätigkeit Kindererziehung oder die Pflege der eigenen Eltern oder Angehöriger hinzu kommen. Wir wollen, dass Männer und Frauen sich ihre Familien-, Arbeits- und Pflegezeiten fair und gleichberechtigt ein- und aufteilen können. Auch das bürgerschaftliche Engagement und Zeit für lebenslanges Lernen muss heute stärker als bislang in den Blick genommen werden. Wir wollen, dass Beschäftigte ihre Arbeit durch Zeitsouveränität entschleunigen und nicht durch Arbeit krank werden. Daran arbeiten wir. Wir knüpfen dabei an grüne Vorschläge von Arbeitszeitkonten an, nehmen europäische Erfahrungen in den Blick und entwickeln Neues.

- » Modelle, die eine partnerschaftliche Familien- und Lebensarbeitszeit ermöglichen;
- » Vorschläge für eine selbstbestimmte, flexiblere Gestaltung der (Lebens)Arbeitszeit durch die ArbeitnehmerInnen;
- » Konzepte zur Entlastung bei der Pflege von Angehörigen oder nahe stehenden Personen;
- » Ideen für mehr Zeit für bürgerschaftliches Engagement und Bildung, Neuorientierung oder Weitergabe von Erfahrungen;

Diese Schwerpunkte zeigen, was die grüne Zukunftswerkstatt im 18. Deutschen Bundestag während ihrer ersten beiden Jahre zum Fokus ihrer Arbeit gewählt hat. Die Fraktion arbeitet noch an einer Reihe von weiteren Zukunftsfeldern. Wir werden weiter auf die Umsetzung der Energiewende drängen, kämpfen weiter für die Einhaltung der digitalen Bürgerrechte und für faire Handelsabkommen. Wir arbeiten auch intensiv an Projekten in den Bereichen der Zukunftssicherung sozialer Sicherungssysteme in Zeiten des demografischen Wandels, zur Zukunft der Arbeit, für eine umweltverträgliche Mobilität für alle, zu einer gerechteren Steuerpolitik um nur einige Punkte zu nennen.

Zukunftspolitik macht nicht, wer reaktiv und orientierungslos den neuesten Schlagworten hinterherläuft. Sondern wer versucht, entlang von Werten die Entwicklung mitzugestalten. Wir wollen in eine gerechte und nachhaltige Zukunft. Dafür machen wir unsere Vorschläge.

Während die große Koalition maximal weiter Mini-Politik macht und im Status Quo verharrt, nutzen wir die Zeit für eine konzeptionelle, zukunftsgerichtete und positive Oppositionsarbeit. Wir sind Handwerker mit Vision.